

Mieten in Deutschland: Armutsrisiko steigt Forderung nach Lösungen

Meta-Beschreibung: „Die Miete wird zunehmend zum Armutsrisiko in Deutschland. Anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte von der Bundesregierung, dringend mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Erfahren Sie, wie die steigenden Mietkosten vor allem einkommensschwache Haushalte belasten und welche Maßnahmen nötig sind, um das Recht auf Wohnraum zu gewährleisten.“



Eine alarmierende Realität zeigt sich in Deutschland: Die Mietkosten explodieren und verwandeln sich in ein gefährliches Armutsrisiko! Anlässlich des Internationalen Tags für die Beseitigung der Armut am 17. Oktober schlägt das Deutsche Institut für Menschenrechte Alarm und fordert die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um Wohnungen wieder bezahlbar zu machen und den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

In Deutschland müssen ärmere Menschen einen unverhältnismäßig hohen Teil ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Das führt dazu, dass sie zwar die Miete zahlen können, am Ende des Monats jedoch für andere essenzielle Dinge, wie warme Kleidung für ihre Kinder oder ein ordentliches Abendessen, nichts mehr übrig bleibt, warnt Claudia Engelmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts.

Übertriebene Mietbelastungen bedrohen die Lebensqualität

Die Ausgangslage ist erschreckend: Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung enthüllt, dass die ärmsten 20 Prozent der Haushalte bereits 36 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden, während die wohlhabendsten Haushalte lediglich 22 Prozent ihrer Einkünfte für das Wohnen ausgeben. Besonders stark betroffen sind Einpersonenhaushalte und alleinerziehende Eltern. Eine Mietbelastung von über 30 Prozent ist bereits problematisch und lässt kaum Spielraum für das tägliche Leben – das ist vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen verheerend!

Doch die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird durch die Unmöglichkeit, in günstigere Wohnungen umzuziehen, noch verschärft! Engelmann unterstreicht die Dringlichkeit, jetzt aktiv zu werden: Die geplante Erhöhung des Wohngelds zum 1. Januar 2025 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch das allein wird nicht ausreichen! Wir benötigen erheblich mehr sozialen Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und effektive Mietpreisbegrenzungen!

Recht auf Wohnen für alle!

Das Recht auf Wohnen muss in Deutschland uneingeschränkt gewährleistet werden! Mit der Ratifizierung des UN-Sozialpakts hat sich der Staat dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass der Wohnraum für alle Bürger bezahlbar bleibt. Die Wohnkosten

dürfen nicht derart in die Höhe schießen, dass andere Grundbedürfnisse unter den Tisch fallen , erklärt Engelmann. Es liegt in der Verantwortung des Staates, die Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mieten und unzulässigen Mieterhöhungen zu schützen.

Die Zeit drängt! Es müssen umgehend weitere Maßnahmen ergriffen werden, um den Menschen vor Wohnungsverlust zu schützen. Insbesondere die Ausweitung der Schonfristregelung, die Kündigungen unwirksam machen könnte, sofern Mietschulden beglichen werden, ist entscheidend.

Das ist ein Aufruf an die Bundesregierung: Handeln Sie jetzt, bevor das Mietniveau noch untragbarer wird!

Details

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net